



Rathaus

Bürgermeister lädt ein zur Sprechstunde

FREDEBECK. Der Fredebecker Bürgermeister Ulrich Schumacher (SPD) lädt ein zu einer Sprechstunde am Dienstag, 7. November, von 15 bis 18 Uhr. In dieser Zeit steht er im Rathaus für Vorschläge, Kritik und Anregungen der Fredebecker Bevölkerung zur Verfügung. Die Räumlichkeit wird im Eingangsbereich des Rathauses bekanntgegeben. Um mögliche Wartezeiten besser kalkulieren zu können, ist eine Anmeldung im Rathaus Fredebeck im Sekretariat unter der Rufnummer 0 41 49/ 91 57 ratsam. Außerhalb der Sprechstunde ist der Fredebecker Bürgermeister unter den Rufnummern 0 41 49/ 88 84 und 01 51/ 46 64 79 37 sowie per E-Mail an die Adresse bgm.fredebeck@t-online.de erreichbar. (bene)

Kompakt

Vorverkauf

Eintrittskarten nur in Harsefeld

HARSEFELD. Eintrittskarten für das Konzert der A-cappella-Gruppe „medlz“ am Mittwoch und Donnerstag, 4. und 5. Dezember, gibt es nur bei S+R Buch- und Schallplatten in Harsefeld und auf der Internetseite www.reservix.de. Die Veranstaltung korrigierten am Dienstag ihre Angaben. Silli, Nelly, Joyce und Bine – das sind die „medlz“. Seit 20 Jahren haben sich die „medlz“ stets weiterentwickelt und an ihrem Sound gefeilt. (bene)

Reformationstag I

Gottesdienst mit Posaunenchor

AHLERSTEDT. Die Kirchengemeinden aus Harsefeld, Bargstedt und Ahlerstedt begehen den Reformationstag gemeinsam: Der Gottesdienst findet statt am Donnerstag, 31. Oktober, um 11 Uhr in der Ahlerstedter Kirche. Anschließend lädt Pastor Detlef Beneke zu einem gemeinsamen Mittagessen und Begegnungen im Gemeindehaus ein. Der Posaunenchor und eine Band werden für den musikalischen Rahmen sorgen. (bene)

Reformationstag II

Gottesdienst mit Gospelchor

KUTENHOLZ. Am Donnerstag, 31. Oktober, um 10 Uhr feiern die Kirchengemeinden Mulsum und Fredebeck einen gemeinsamen Gottesdienst zum Reformationstag in der Festhalle in Kutenholz. Das teilt Pastor Keno Eisbein mit. Der Gospelchor „Gospel&more“ wird den Gottesdienst musikalisch begleiten. Im Anschluss an den Gottesdienst laden die Kirchengemeinden zum gemeinsamen Frühstück in der Festhalle ein. (bene)

Ihr Draht zu uns

Miriam Fehlbus (mf) 04141/ 936 173
Daniel Beneke (bene) 04141/ 936 129

redaktion-std@tageblatt.de



Letzter Schliff an der Herrenstraße

Harsefelds flächenmäßig größte Baustelle nähert sich der Fertigstellung. Seit Frühjahr 2018 mussten Autofahrer – mit Unterbrechungen – beim Befahren der Herrenstraße die einspurige Verkehrsregelung beachten. Am gestrigen Dienstagmorgen um 6 Uhr begannen Straßenbauer nun, die abschließende Asphaltsschicht aufzutragen. Bereits heute sollen die Asphaltierungsarbeiten fertig sein. Am Dienstag nächster Woche wird offiziell die Freigabe erfolgen. Dann hat die für den überregionalen Verkehr weitläufige Umleitung ein Ende. Auch in Harsefeld selbst dürfte sich der Verkehrsfuss wieder verändern. Zwar wurden Autofahrer, die von Stade aus in den Ort kamen, während der gesamten Maßnahme einspurig an der Baustelle vorbeigeführt. Gen Stade jedoch mussten Parallelstraßen genutzt werden. Erst in den letzten Tagen wurde die Durchfahrt komplett gesperrt. Das bekamen die Anwohner im Quellenweg als Ausweichstrecke zu Eishalle und Rathaus besonders zu spüren – terminlich begrenzt. Die Sanierung ist im Zeitplan.

Foto: Fehlbus

Kutenholz legt Strabs zu den Akten

Rat votiert einstimmig für Ende der Satzung in ihrer gegenwärtigen Form – Im kommenden Jahr wird Alternative erarbeitet

Von Daniel Beneke

KUTENHOLZ. Der Rat der Gemeinde Kutenholz hat am gestrigen Dienstagabend das Ende der Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) besiegelt. Im Rahmen ihrer Sitzung im Sporthaus in der Ortschaft Essel stimmten die Politiker dafür, die Regelung in ihrer jetzigen Form für ein Jahr auszusetzen und in dieser Zeit eine Alternative zur Finanzierung von Straßenausbaumaßnahmen auszuarbeiten.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Jörg Schomacker, hatte im Juli die Abschaffung der Straßenausbaubeitragssatzung beantragt. Die Kommune solle die Satzung zunächst aussetzen und für maximal zwölf Monate auf beitragspflichtige Ausbaumaßnahmen verzichten – mit dem Ziel, die Straßenausbaubeitragssatzung in diesem Zeitraum abzuschaffen. Eine Alternative zur Gegenfinanzierung solle innerhalb dieser zwölf Monate erarbeitet werden. „Wir haben das Thema schon länger auf dem Schirm“, sagte Schomacker. „Jetzt kennen wir das Meinungsbild der Bürger.“ Er gab sich davon überzeugt, dass es möglich wird, „eine Finanzierung in Zukunft solidarisch zu gestalten“. Denkbar sei eine Erhöhung der Grundsteuer; hier gelte es jedoch, die neue Gesetzgebung abzuwarten. „Wir wollen Zeit gewinnen“, sagte der Fraktionsvor-

sitzende. SPD-Ratscherr Uwe Lütjen bekannte: „Die Strabs in ihrer jetzigen Form bedarf einer Überarbeitung. Sie belastet die Bürger unverhältnismäßig.“ Bei einer Alternative komplett auf eine Erhöhung der Grundsteuer zu setzen, sei jedoch falsch. Das beste am Ende womöglich die Mieter. Die Anlieger an den Kosten zu beteiligen, sei nicht grundsätzlich falsch. „Wir sind in einem Boot“, sagte SPD-Ratscherr Werner Schulz. „Wir wollen uns mit dem Thema beschäftigen, fraktionsübergreifend.“ Doch klar sei, dass die Finanzierungslücke geschlossen werden müsse.

Die Grünen-Ratsfrau Rosemarie Schaub störte sich an dem Wort „abschaffen“. Dies solle aus dem Beschluss verschwinden. Der Verwaltungsausschuss hatte bereits empfohlen, „die Straßenausbaubeitragssatzung in ihrer jet-

zigen Form“ ad acta zu legen, was letztendlich auch lediglich eine Anpassung der Anteile der Anlieger an den Gesamtkosten einer Baumaßnahme bedeuten könnte. Diese Wortklauberei wollte CDU-Mann Schomacker nicht mittragen: „Ich möchte sie abschaffen.“ Er sprach von einem „Rumeiern“, das dem Ansehen der Politik schade.

Bei einer Enthaltung schloss sich der Rat schließlich der Empfehlung des Verwaltungsausschusses an. Die derzeit gültige Strabs wird damit für ein Jahr ausgesetzt, in dieser Zeit will der Rat ein alternatives Modell der Finanzierung kreieren.

Auf Antrag der CDU-Fraktion hatte der Rat der Samtgemeinde Fredebeck im Juni dafür gestimmt, die Strabs auszusetzen – mit dem Ziel, sie abzuschaffen. Die CDU/FDP-Gruppe stimmte geschlossen für den Antrag, die Grünen-Politikerinnen und eine Mehrheit der SPD-Fraktion dagegen. Die FWG-Fraktion und einzelne Mitglieder der SPD-Fraktion enthielten sich. Über eine Gegenfinanzierung, etwa über die Erhöhung der Samtgemeindeumlage, wird in den kommenden Monaten beraten. Die Entscheidung des Rates war der erste



Gelbe Schilder als Zeichen des Protests: Der Widerstand gegen die Strabs hat Erfolg. Foto: Beneke

Etappensieg der Bürgerinitiative, die sich seit dem Frühjahr für eine Abschaffung der ungeliebten Satzung stark macht. Die CDU möchte in der Samtgemeinde Fredebeck mit den drei Mitgliedsge- meinden eine einheitliche Lösung finden.

Einen ähnlichen Beschluss gab es im August auch in der Gemeinde Deinste. Der Rat hat die Strabs ausgesetzt – mit einem einstimmigen Beschluss. In den kommenden zwölf Monaten wird

es keine Baumaßnahmen geben, deren Kosten auf die Anlieger umgelegt werden.

In der zur Gemeinde Kutenholz gehörenden Ortschaft Mulsum hatte der Protest gegen die Straßenausbaubeitragssatzung in der Gemeinde Kutenholz seinen Ursprung genommen. Eine Bürgerinitiative macht seither mobil. Im Frühjahr hatten 50 Anwohner leuchtend-gelbe Schilder in ihren Vorgärten aufgestellt. Bürger aus den anderen Dörfern schlossen sich dem Widerstand an. Die Forderung: „Weg mit den unsozialen Straßenausbaubeiträgen!“ „Straße saniert – Bürger ruiniert“ und „Heute wir – morgen ihr“ ist seither auf den Plakaten zu lesen. Die jüngsten Ratsbeschlüsse sind damit auch ein klarer Erfolg der sehr regen Bürgerinitiative.

CDU-Mann Schomacker wies darauf hin, dass einige Straßen in der Gemeinde Kutenholz formal noch nicht ersterschlossen sind. Bei einem Ausbau kämen hier Kosten von mindestens 90 Prozent auf die Grundstückseigentümer zu (siehe Artikel unten). Schomacker: „Auch, wenn wir die Strabs am Ende des Tages abschaffen, heißt das nicht, dass alle Bürger von Zahlungen befreit werden.“

Strabs-Diskussion in Fredebeck erst 2020

Bauausschuss der Gemeinde vertagt Beratung über alternative Finanzierungen – FWG fordert Abschaffung

Von Daniel Beneke

FREDEBECK. Die Politik in der Gemeinde Fredebeck wird sich erst im kommenden Jahr mit der Neugestaltung der Finanzierung ihrer Straßen beschäftigen. Die Ausschussmitglieder wollen die Änderungen in den Bundes- und Landesgesetzen abwarten. Das ist das Ergebnis der Beratungen in der Sitzung des Bau- und Wegeausschusses der Gemeinde Fredebeck am Montagabend.

Ausgangspunkt war ein Vorstoß, der auf die Abschaffung der umstrittenen Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) abzielte. „Wir werden eine andere Regelung finden“, fasste Gemeindedirektor Ralf Handelsmann (parteilos) die Diskussion in der Sitzung zusammen. „Ob die Strabs abgeschafft oder angepasst wird, steht noch nicht fest.“ Klar sei jedoch, dass der Status quo „definitiv geändert“ werde. Darüber soll jedoch erst im Januar oder Februar beraten werden, wenn die Bundesregierung die Grundsteuerreform abgeschlossen und die Landesregierung die Rahmenbedingungen für die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen wie an-

gekündigt modifiziert hat. Da weder für 2019 noch für 2020 Straßenbauprojekte geplant sind, bei denen die Anwohner zur Kasse gebeten werden, bedürfte es keiner Aussetzung der Strabs, sagte Handelsmann.

Bereits im August 2018 hatte die Freie Wählergemeinschaft Pro Bürger (FWG) im Rat der Gemeinde Fredebeck den Antrag auf Abschaffung der Strabs gestellt. FWG-Mann Rolf Helmecke hatte den Antrag unterzeichnet. Nachdem knapp ein Jahr später noch immer keine öffentliche Beratung des Antrags absehbar war, hatte FWG-Ratscherr Thomas Gloth in einer Ratssitzung einen Dringlichkeitsantrag gestellt, um zu erreichen, dass das Thema kurzfristig auf die Tagesordnung kommt. Damit standen Gloth und sein Fraktionskollege Rolf Helmecke jedoch alleine da. Die 14 übrigen anwesenden Ratsmitglieder stimmten gegen den Dringlichkeitsantrag.

Erst jetzt, mehr als zwei Jahre nachdem die FWG den Antrag vorgebracht hat, gab es damit am Montagabend in der Ausschus-

sitzung eine offizielle Beratung. Die Ausschussmehrheit lehnte den Antrag ab, lediglich Helmecke stimmte dafür. Für die Vertagung einer endgültigen Beratung stimmten alle übrigen Ausschussmitglieder, Helmecke enthielt sich der Stimme.

▷ In der Gemeinde Fredebeck gibt es Straßen, für die bisher keine Erschließungsbeiträge gezahlt worden sind. Die Straßen, Gehwege und Kanäle seien vor Jahrzehnten oft in Eigenleistung, bisweilen mit einem Zuschuss der Kommunen, erstellt worden, sagte Handelsmann. Noch bis vor 60 Jahren gab es Regelungen, nach denen die Anwohner zu Hand- und Spanndiensten bei Ausbau und Instandhaltung der Straßen verpflichtet waren.

Bei einem Ausbau kämen hier Kosten von mindestens 90 Prozent auf die Grundstückseigentümer zu. „Das ist Bundesrecht – verankert im Baugesetzbuch und damit nicht verhandelbar“, hieß es vonseiten der Verwaltung. Die gesetzliche Regelung ergebe auch Sinn, denn nur so könne die Erschließung eines Neubaugebiets geregelt werden. Erst dann habe ein Bauantrag eine Aussicht auf

Erfolg. Wer den Erstausbau in Auftrag gibt – etwa ein Eigentümer, ein Erschließungsträger oder eine Gemeinde – kann die Kosten auf den Grundstückspreis umlegen. Bauherren müssten dafür zahlen, könnten sich aber auch sicher sein, dass sie mindestens 25 Jahre lang nicht noch einmal für den Straßenausbau zahlen müssen. Sollten die Straßen nun grundsaniert werden und es gebe keinen Beleg, dass die Anwohner schon einmal an den Kosten des Erstaubaus beteiligt worden sind, drohe eine Veranlagung nach dem Baugesetzbuch. Dann werde der Umlageanteil von 90 Prozent fällig.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat die Verwaltung eine Liste veröffentlicht, welche Straßen betroffen sind. Mehr als 20 Straßen sind hier genannt. Die Liste ist im Ratsinformationssystem im Internet einsehbar. „Wir haben sie nach bestem Wissen erstellt“, betonte der Gemeindedirektor. Sollten Anwohner alte Unterlagen vorweisen können, die auf eine Beteiligung am Ausbau hindeuten, könnten sie diese im Rathaus zur Prüfung abgeben.

Kirche

Martinsumzug mit Laternen und Musik

HARSEFELD. Mit dem Martinsumzug wird dem Bischof Martin von Tours gedacht, der der Legende nach kurzerhand seinen Mantel in zwei Stücke teilte und ein Teil davon einem frierenden Bettler gab. Die katholische Kirchengemeinde Mariä Himmelfahrt veranstaltet in Harsefeld einen Tag vor dem offiziellen Datum des Martinsumzugs einen Laternenumzug. Am Sonntag, 10. November, ab 17 Uhr startet der Umzug mit musikalischer Unterstützung des Moiburger Bläserquartetts an der katholischen Kirche St. Michael, Böberstroot 11a. Dorthin zurück wird in diesem Jahr auch der Laternenumzug nach einem Fußmarsch durch die umliegenden Straßen führen. An der katholischen Kirche gibt es anschließend für die Teilnehmer zur Stärkung heißen Punsch, Würstchen und traditionelle Martinsschnecken. Außerdem wird für Groß und Klein noch einmal die Geschichte des heiligen St. Martin erzählt. (mf)